

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4627) vierteljährlich 2.10 Mk., für 2 Monate 1.40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. exkl. Bestellgeld.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.  
Telephon 2721.  
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5 gespaltene Zeitspalte ober deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen

## Revolution!

\* Leipzig, 3. Dezember.

Der deutsche Reichstag hat gestern den Staatsstreich proklamiert. Die Körperschaft, die dazu berufen ist, Gesetze zu sanktionieren, hat ihr eigenes Gesetz, ihre Geschäftsordnung, zum drittenmal verleugnet, mit Füßen getreten, prostituiert. Sie hat ihre Verfassung, die zugleich ein Bestandteil der Verfassung des deutschen Reiches ist, zerbrochen wie ein wurmfressiges Rohr, sie hat die Anarchie zur Staatseinrichtung erhoben und alle zukünftigen Staatsverbrechen im voraus legitimiert. Das deutsche Reich ist mit dem geistigen Auge in eine Umwälzung seiner politischen Institutionen, in eine Revolution eingetreten; denn auch der Staatsstreich, die Konterrevolution, ist eine Revolution.

Es giebt kein Recht, kein Gesetz mehr in Deutschland, nachdem die Recht schaffende, Gesetz gebende Gewalt sich zum Umsturz des Rechts, zur Gesetzlosigkeit bekannt und die Diktatur der Brotwuchermehrheit konstituiert hat. Gäbe es noch ein Recht in deutschen Landen oder hätte es ein verfassungsmäßig geschütztes Recht hier zu Lande je gegeben, so müßten die ordentlichen Gerichte den Zolltarif annullieren, so müßte die Gerichtshoheit gegen die gesetzgebende Gewalt aufstehen und in richterlichen Urteilen letzter Instanz feststellen, daß dieser Zolltarif, der gesetzwidrig zu stande gekommen ist, nicht rechtsverbindlich ist. Aber es giebt keinen verfassungsmäßig garantierten Rechtszustand in deutschen Landen; es giebt keine souveränen Richter, sondern nur eine staatlich abhängige Justizbureaucratie und — einen Reichsgerichtsrat Spanh. Der Reichstag war die einzige souveräne Rechtsinstitution im deutschen Reich, er war der einzige Schöpfer und Bürge des geschriebenen Rechts; nachdem der Reichstag sich außerhalb der Verfassung gestellt hat, ist der verfassunglose, der rechtlose Zustand fertig, und der Terrorismus der Mehrheit ist das oberste Gesetz. Wenn es heute dieser Mehrheit einfallen sollte, im Einverständnis mit dem Bundesrat das Reichstagswahlrecht zu ändern, das Strafrecht, das Handelsrecht, das Münz- und Währungsrecht, das Bürgerliche Gesetzbuch, kurz die ganzen Rechtsinstitutionen des deutschen Reichs zu eskamotieren, so brauchte sie nur die Arbeit weniger Stunden, um den ganzen statischen Bau des deutschen Reichs mit ihrem neuerfundenen Geschäftsordnungsdynamit in die Luft zu sprengen und den Buchstabenstaat der berühmten Sammlungspolitik zu improvisieren. Es hängt lediglich von dem Belieben, von der Willkür der

Reichstagsmehrheit und im besten Falle noch von dem staatsmännischen Ermessen der Regierung ab, ob der bestehende „Rechtszustand“ noch eine Stunde länger andauern soll. Das aber ist kein verfassungsmäßiger, kein gesetzlicher Zustand, sondern die Proklamierung der Anarchie unter scheinrechtlichen Formen.

Es giebt keinen Reichstag mehr. Es giebt nur noch eine Reichstagsmehrheit, die blindwütig von Staatsstreich zu Staatsstreich taumelt. Der Reichstag hat sein Mandat zerrissen; er hat sich aus der freigewählten Repräsentation des Volkes in das usurpatorische Parlament einer Klasse verwandelt, er hat, wie Karl Marx von der französischen Nationalversammlung vor dem napoleonischen Staatsstreich sagte, die Muskeln selbst entzwei geschnitten, die den parlamentarischen Kopf mit dem Körper des Volkes verbunden haben. Die gesetzgebende Gewalt hat politischen Selbstmord begangen.

Die Exekutivgewalt, die Regierung ekliptisiert sich scheinbar vollständig. Sie beugt sich scheinbar unter das agrarische Joch, indem sie den Antrag Kardorff stillschweigend acceptiert. Sie sieht der Selbstzerfleischung des deutschen Parlamentarismus mit verschlungenen Armen zu, um nachher die Früchte des parlamentarischen Staatsstreichs einzuharfen. Hinter der Koalition der Brotwucherer stehen schon die Füße derer, die das deutsche Parlament zu Grabe tragen sollen. Nach dem parlamentarischen Staatsstreich der Bourgeoisie kommt der Cäsarismus. Das ist die Ordnung im ABC der Geschichte der modernen Klassenkämpfe.

Der 2. Dezember hätte die Koalition der Brotwuchermehrheit warnen können. Genau vor 50 Jahren hat der Cäsarismus in Frankreich die politische Summe aus den Sünden der Nationalversammlung gezogen, die dort zur Diktatur der Soldateska geführt haben. Der 2. Dezember — das war die „Schrift an der Wand“, die die Koalition der Brotwucherer nicht zu entziffern verstanden hat.

Genau denselben Weg, den jetzt der deutsche Reichstag beschritten hat, ist vor mehr als 50 Jahren die französische Nationalversammlung gegangen. Sie hat angefangen mit dem 13. Juni 1840, wo sie den Freibrief der parlamentarischen Immunität zerriss und die Montagne, die sozialistisch-demokratische Bergpartei, in Anklagezustand versetzte. Sie hat ihren eigenen Staatsstreich abgeschlossen durch das Gesetz vom 31. Mai 1850, wodurch das allgemeine Wahlrecht abgeschafft und geächtet wurde. Das war die Vollendung ihrer Staatsstreichpolitik; alle früheren Gewalttätigkeiten hatten nur einen provisorischen Charakter. Sie hatte durch ihre Verwässerungen an der Februar-Revolution die moralische

Herrschaft über die Volksmassen verloren und konstituierte sich darum als Ausschuß der bestehenden Klassen. Durch den Staatsstreich vom 31. Mai legitimierte sie den Staatsstreich vom 2. Dezember 1852; die Nationalversammlung arbeitete nur für Bonaparte; die Diktatur der Nationalversammlung war die Vorbereitung des Cäsarismus. Mit dem 31. Mai trat die Nationalversammlung von der politischen Bühne ab, um nur ein Scheinleben hinter den Coullissen weiterzuführen, und am 2. Dezember beförderte sie der Fußtritt eines Konstablers ins Jenseits.

Wir stehen in Deutschland am Anfang einer politischen Umwälzung, einer Revolution. Nicht die Krone hat die Initiative zur Konterrevolution ergriffen, sondern die Bourgeoisie. Nur der erste Schritt kostet die Kraft des Entschlusses auf der abschüssigen Bahn; dann treibt der politische Machtkampf die Bourgeoisie durch ihr eigenes Schwergewicht weiter bis zu den Konsequenzen, an deren Ende die politische Abdankung der Bourgeoisie und die Diktatur des Säbels steht.

Mit der Vorbereitung der Reichstagswahlen treten alle bürgerlichen Parteien in Deutschland in ihre große Krise ein. Diese Krise wird zugleich die Krise des Reichstagswahlrechts sein. Entweder bestätigt das Reichstagswahlrecht den Staatsstreich der Brotwucherkoalition; dann ist die Diktatur der Reichstagsmehrheit legitimiert. Oder aber das Reichstagswahlrecht entscheidet gegen sie; dann wird es kassiert. Wenn der Appell an die Wähler verfehlt, werden die Brotwucherparteien im Namen der Ordnung an die Exekutivgewalt, an die Armes appellieren, und die Regierung wird den Willen der Bourgeoisie vollstrecken, um Bourgeoisie und Proletariat gemeinsam ihrer Herrschaft zu unterwerfen.

Das ist die Perspektive, die der 2. Dezember zeigt. Aber das deutsche Proletariat von 1902 ist nicht die französische Montagne, und die Geschichte wiederholt sich nicht in schulgerechten Entwicklungen. Was vor 50 Jahren die Farce der Bourgeoisie und des diese ablösenden Cäsarismus war, kann diesmal zur Tragödie beider werden. Die Reichstagsmehrheit hat die Schrift an der Wand nicht zu entziffern vermocht; das deutsche Proletariat wird sie deuten.

Unser parlamentarischer Reichstagsalter schreibt uns aus dem Reichstag: Just auf den fünfzigsten Jahrestag des napoleonischen Staatsstreichs haben die agrarischen Herren im deutschen Reichstago die Geschäftsordnung nun völlig verewaltigt und ein empörendes Beispiel dafür gegeben, zu was die reaktionäre Masse fähig ist, wenn sie sich im Besitz der Gewalt fühlt. Der 2. Dezember 1902 wird in der Geschichte des deutschen Parla-

## Seuilleton.

[Nachdruck verboten.]

### Der Grabenhäger.

Roman von Wilhelm von Polenz.

Der Grabenhäger fand, daß der Mann gar nicht so übel sei. Man hatte ihm ein ganz falsches Bild gegeben von dem Nagahiner. Klavens Art zu sprechen war ruhig, bestimmt und selbstbewußt. Wenn er auch kein Eleganz war in seiner Erscheinung, so hatte doch sein Wesen etwas Bornehmes. Wie stach dagegen Malkin Pantin ab, der bereits einigen Flaschen den Hals gebrochen hatte, und sich jetzt mit dem Furgaster Merkwitz herumzankte. Kam, daß man sein eigenes Wort noch verstehen konnte, über dem Schreien dieser beiden Krakeeler.

Inzwischen war auch Graf Wieten eingetreten. Kriebow erhob sich mit verschiedenen anderen, ihn zu begrüßen.

Der alte Herr überfah die Versammlung. „Ach, da haben wir ja auch den Nagahiner!“ sagte er, Klavens erblickend. „Ein Wort zu Ihnen, mein lieber Klaven. Bleiben Sie nur, Kriebow! — Das können alle hören. Ich hasse die Heimlichkeiten unter Kavaliere.“

Der Grabenhäger war gespannt; was nun erfolgen werde. Klaven war aufgestanden und vor den Grafen hingetreten, den er fragend anblickte.

„Man sagt mir, Herr von Klaven, daß Sie den Wunsch hätten, von der Kreisversammlung für den Landratsposten vorgeschlagen zu werden. Ist das an dem?“

„Allerdings, Herr Graf! Und ich glaube, das ist

mein gutes Recht!“ erwiderte Klaven, den Kopf zurückwerfend, wie einer, der sich auf einen Angriff vorbereitet.

„Gewiß, gewiß!“ sagte der Graf, seine verbindliche Miene nicht aufgebend, und legte ihm die Hand auf den Arm. „Gewiß ist das Ihr gutes Recht! Aber ich wollte Sie nur darauf aufmerksam machen — in Ihrem eigenen Interesse thue ich das — Sie haben wenig Chancen. Ich sage es Ihnen offen heraus: Sämtliche Herren, die Sie hier sehen, haben einen anderen Kandidaten.“

„Das weiß ich, Herr Graf!“

„Und daß Sie bei den Vertretern der Stadt- und Landgemeinden einen nennenswerten Anhang finden werden, bezweifle ich.“

„Ich sehe voraus, daß ich nur eine ganz schwache Minorität auf mich vereinigen werde.“

„Dann würde ich Ihnen doch raten, Herr von Klaven, davon abzusehen, daß Ihr Name überhaupt genannt wird. Jetzt ist Ihnen noch ein ehrenvoller Rückzug möglich. Anderenfalls ist es doch eine Art von Blamage für Sie, das gebe ich Ihnen zu bedenken. Es würde auch nach außen hin einen besseren Eindruck machen, wenn bei einer solchen Gelegenheit unter den Vertretern des Großgrundbesitzes volle Einigkeit herrschte. Also seien Sie vernünftig, verzichten Sie! Wir meinen es gut mit Ihnen.“

Klaven schüttelte den Kopf. „Der Eindruck, den eine etwaige Uneinigkeit innerhalb des Großgrundbesitzes machen kann, scheint mir viel weniger bedenklich, als der schlechte Eindruck, den die einmütige Aufstellung Ihres Kandidaten, und gerade dieses Kandidaten, machen muß.“

„Nanu!“ riefen mehrere.

„Malte, er schimpft auf Ihren Protegé,“ flüsterte der Ernsthöfer Tichow dem Langendammer zu.

„Wie — was!“ schrie Malte los. „Wer sagt etwas gegen Klavenberg? — Was will der Kerl überhaupt!“

„Ruhig, Malte!“ beschwichtigte Graf Wieten. „Laßt mal erst den Klaven ausreden.“

„Ich will kein Hehl daraus machen, daß ich mich habe aufstellen lassen, um des Principis willen,“ sagte Klaven und sah sich herausfordernd um nach seinen Standesgenossen, die ihn in geschlossenem Kreise umstanden. „Ich halte es für meine Pflicht, mich aufzulehnen gegen das, was ich für einen verhängnisvollen Fehler ansehe. Bisher haben wir stets darauf gehalten, und so haben es unsere Väter gethan, daß nur Leute aus unserer Mitte Landrat sein dürfen. Leute, die, wenn möglich, dem alten befestigten Grundbesitz entstammten, auf alle Fälle Männer, die mit unserem Kreise innig verwachsen, die mit unseren Bedürfnissen vertraut waren. Und auch auf den Charakter des Kandidaten ist bisher immer, Gott sei Dank, Gewicht gelegt worden. — Jetzt kommt da solch ein junger Mensch her, der mit dem Kreise absolut nichts zu thun hat . . .“

„Bitte, der Vater hat sich angekauft im Kreise!“ rief jemand.

„Nun, der Anlaß dazu ist allerdings ziemlich durchsichtig!“ meinte Klaven höhniß. „Eine Million konnte der Herr von Klavenberg leicht entbehren, als es darauf ankam, dem Söhnchen eine Position damit zu erkaufen. So viel ist der Landratsstiel dem Herrn eben wert gewesen.“

Eine starke Erregung entstand. „Der Reid spricht aus ihm, weiter nichts! weil er nicht Landrat wird,“